

Banken Wer will weniger Regulierung?

Seitdem am Eingang zum Westflügel des Weissen Hauses in Washington eine Drehtür installiert wurde, ist es schwierig, den Überblick über das Kommen und Gehen in Amerikas Machtzentrale zu bewahren. Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Akteure allerdings bleiben, zumindest vorerst, in ihren Ämtern. Steve Mnuchin ist nach wie vor Finanzminister. Gary Cohn bleibt weiterhin Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Beratergremiums National Economic Council. Und natürlich steht Janet Yellen noch an der Spitze der Federal Reserve, zumindest bis Februar nächsten Jahres.

Doch diese Stabilität scheint nicht auf eine einheitliche Sicht auf Wirtschafts- und Finanzpolitik, insbesondere auf das zukünftige Rahmenwerk zur Finanzregulierung, hinzudeuten. Ein kürzlich veröffentlichtes bemerkenswertes Interview mit Stanley Fischer, dem Vizepräsidenten der Fed, in der «Financial Times» förderte einige wichtige Unstimmigkeiten zutage.

Die Worte des Fed-Vize Fischer sind auf die Goldwaage zu legen

Fischer beklagte, unter Verweis auf Bestrebungen, manche Elemente des neuen, nach den Debakeln der Jahre 2008/09 eingeführten Regulierungsrahmens zurückzunehmen, dass «jeder zum Status quo vor der grossen Finanzkrise zurückkehren möchte». Und er erklärte, «es sei nicht zu verstehen, warum erwachsene, intelligente Menschen zur Schlussfolgerung gelangen, dass man alle Massnahmen, die man in den letzten zehn Jahren ergriff, wieder rückgängig machen soll».

Das bedarf einer Analyse. Fischer kann es wohl nicht wörtlich gemeint haben, dass «jeder» den Status quo ante wolle. Die wissenschaftliche Gemeinde ist überwiegend für eine noch striktere Bankenregulierung mit höheren Kapitalanforderungen. Und ich kenne keinen einzigen Bankchef, der glaubt, die Rückkehr zu Fremd-



Howard Davies
Präsident
Royal Bank of Scotland

«Ich kenne keinen Bankchef, der Fremdkapitalquoten über 40 Prozent für sinnvoll hält.»

kapitalquoten über 40 Prozent und einem Tier-1-Kapitalwert von 2 Prozent sei sinnvoll.

Wer ist also «jeder»? Die einzigen konkreten Vorschläge, die bislang von der Administration kamen, sind in einem sorgfältig erarbeiteten und im Juni vom Finanzministerium veröffentlichten Papier festgehalten. Die Verfasser des von Mnuchin selbst unterzeichneten Papiers wollen eine Reform des komplexen, uneinheitlichen und verschachtelten Flickwerks von Regulierungsbehörden, welches seit der Krise existiert. Überdies wird im Papier eine Rationalisierung des überaus komplexen Regelwerks gefordert, wobei für manche einfacher strukturierte Banken die mühsamsten und kostspieligsten Prozesse entfallen und die Zahl der erforderlichen Zulassungsanträge und Stress-Test-Übungen reduziert werden soll.

Eine Debatte über den Sinn der Bankenregulierung ist sinnvoll

Man kann über die Details diskutieren, aber insgesamt sieht das nicht nach einer Rückkehr zu den Zuständen vor der Krise ohne Regulierungen aus. In dem Papier finden sich keinerlei Vorschläge, wonach die Kapitalanforderungen wesentlich gesenkt werden sollen.

Es ist schwer erkennbar, warum dieses Dokument Fischer aus der Fassung gebracht hat. Möglicherweise hat er uns einen Einblick in die Meinungsverschiedenheiten zur Finanzregulierung im Zentrum der Administration gegeben. Oder fürchtet die Fed selbst, dass diese Rationalisierungen im Regelwerk für Beschneidungen ihrer eigenen Verantwortungsbereiche stehen, die seit der Krise beträchtlich ausgeweitet wurden?

Es wäre bedauerlich, wenn der Widerstand der Fed gegen Veränderungen eine Debatte darüber verhindern würde, ob jede der – oftmals in schrecklicher Eile – umgesetzten Massnahmen sowohl individuell als auch kollektiv sinnvoll ist.

MEHRWERT (31)

Kein Platz für Opfer

ESTHER-MIRJAM DE BOER

Verantwortung ist, wenn einer den Kopf

hinhält, wenn etwas schiefliegt, die Konsequenzen zieht und dann geht.» So zitierte der «Blick» letzte Woche Oswald Grübel, ehemaliger Chef von UBS und CS. Er habe nicht gewusst, was der Investmentbanker und UBS-Angestellte Kweku Adoboli tat, und die Bank verlor 2011 darum 2,3 Milliarden Franken. Erinnern Sie sich? Hat Grübel die 2,3 Milliarden aus eigener Tasche bezahlt? Nein. Die Aktionäre tragen die Folgen dieser und früherer Fehler – eine UBS-Aktie ist weiterhin nur ein Schatten ihrer selbst. Dividenden, Boni und Stellen wurden gekürzt. Grübel und seine Vorgänger hatten als Chefs die Verantwortung, die Firma so zu organisieren, dass so etwas Fatales nicht passieren kann.



«Verantwortung wird mit Macht verwechselt.»

Die Kumulation aller Verantwortung beim Chef ist ein Paradigma in der Wirtschaft – und eine Illusion. Eine höchstgefährliche noch dazu. Daraus entsteht ein «Gott-Komplex» auf Snufe Chef. Verantwortung wird mit Macht verwechselt. Und die Hybris ist nicht weit.

Unser Obligationenrecht überträgt die Gesamtverantwortung in einer Aktiengesellschaft einem Team: dem Verwaltungsrat. Diese Gruppe von Menschen haftet solidarisch und persönlich. Das ist systematisch geteilte Verantwortung. Jeder haftet für den anderen mit. In unseren Verwaltungsräten wird per Gesetz längst eine Organisationsform gelebt, die nun durch Selbstorganisationsmethoden wie zum Beispiel Holacracy auch in einigen Betrieben Einzug hält.

«Swisscom ohne Chefs» ist eine aktuelle Schlagzeile dazu. Die Reaktionen von aussen auf die geteilte Verantwortung sind massiv. «Wenn keiner sagt, was zu tun ist, bricht das Chaos aus.» Keiner traut dem anderen zu, selbstverantwortlich für ein grosses Ganzes zu handeln. Dabei leben Familien, Vereine, Freizeitsportorganisationen und KMU vor, was in der grossen Wirtschaft undenkbar scheint: geteilte Verantwortung, Gemeinschaftssinn und Engagement für die Sache. Doch Achtung! Selbstorganisation und Eigenverantwortung haben einen hohen Preis: Es gibt keinen Platz mehr für Opfer, die den Mächtigeren die Schuld zuschieben.

Esther-Mirjam de Boer, Präsidentin Verband Frauenunternehmen, GetDiversity

Eigenmietwert Eine Knacknuss

Besitzer bezahlen für das Wohnen im eigenen Haus oder der eigenen Wohnung in der Schweiz eine fiktive Miete und müssen dieses rein theoretische Einkommen versteuern. Diese Praxis soll sich ändern. Die politische Unterstützung für einen Systemwechsel ist gross: So hat nach der Wirtschaftskommission des Ständerates nun auch die Schwesterkommission des Nationalrates einen Vorstoss zur Abschaffung des Eigenmietwertes einstimmig angenommen.

Der Hauseigentümergeverband hat den Stein ins Rollen gebracht

Im Vorstoss heisst es, dass der Systemwechsel haushaltsneutral sein muss. Zurzeit wird zwar ein fiktives Einkommen versteuert. Es ist allerdings zulässig, die Hypothekarzinsen sowie die Unterhaltskosten in Abzug zu bringen. Das System schafft damit Anreize, Hypotheken nicht abzubezahlen und die Verschuldung hoch zu halten, was im neuen System nicht mehr möglich sein soll.

Dadurch ist der Systemwechsel insbesondere für Senioren, die in den meisten Fällen den grössten Teil der Schulden getilgt haben, eine willkommene Änderung. Die grossen Verlierer allerdings könnten die Banken sein, weil diese aufgrund der höheren Amortisationen mit tieferen Zinserträgen rechnen müssen. Nachteilig könnte sein, dass wegen des nicht mehr gewährten



«Verlierer des Systemwechsels könnten die Banken sein.»

Sibylle Huwiler
Wirtschaftsprüferin Huwiler und Partner

Abzuges der Unterhaltskosten die Liegenschaften nicht mehr im gleichen Ausmass unterhalten werden und weniger investiert wird. Dies hätte somit negative Konsequenzen auf die Volkswirtschaft im Allgemeinen und auf das Baugewerbe im Besonderen.

Es stellt sich grundsätzlich die Frage, wieso der Systemwechsel nach mehrmals gescheiterten Versuchen nun erfolgreich sein soll. Diesbezüglich hat der Hauseigentümergeverband (HEV) einiges ins Rollen gebracht. So wollte der HEV bislang auch bei einem Wegfall der Eigenmietwertbesteuerung die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für Eigentümer beibehalten, was von linker Seite nicht akzeptiert wurde. Nun ist der HEV allerdings kompromissbereit und willens, auf den Abzug der Schulzinsen sowie des Unterhalts zu verzichten, sollte dadurch ein Systemwechsel ermöglicht werden.

Politisch ist somit ein idealer Moment, darauf einzusteigen. Die Umsetzung allerdings ist noch unklar. Der Eigenmietwert ist an die Haus- und Wohnungspreise

gebunden, die in den letzten Jahren stetig gestiegen sind. Gleichzeitig sind die Hypothekarzinsen gefallen. Steigenden Eigenmietwerten stehen tendenziell sinkende Abzüge gegenüber.

Auch Mieter von der Abschaffung des Eigenmietwertes betroffen

Ein Systemwechsel wäre für viele Eigentümer günstiger. Sie würden per saldo weniger Steuern bezahlen. Doch wie sollen diese Ausfälle kompensiert werden? Steuererhöhungen, welcher Art auch immer, würden bedeuten, dass nicht einzig Eigentümer, sondern auch Mieter betroffen wären. Überspitzt formuliert: Die Mieter bezahlen für die Abschaffung des Eigenmietwertes. Immerhin ist damit zu rechnen, dass Wohneigentümer künftig nicht mehr für eine tiefe Verschuldung bestraft werden. Das bedeutet, dass Wohneigentümer und Mieter in Zukunft steuerlich gleichbehandelt werden.

DIALOG



HZ Nr. 35 31.8.2017
«Angst vor der Bedrohung durch Nordkorea»
Kim Jong-un wird nicht ruhen, bis er eine funktionsfähige Interkontinentalrakete hat, egal wer ihm dabei hilft und wie lange es dauert. Ob ihm nun die Russen, die Iraner oder die Pakistani helfen, spielt keine Rolle. Das werden die USA zum Glück nicht hinnehmen. Vermutlich läuft daher alles auf eine militärische «Lösung» hinaus.

Die USA müssen zusammen mit Südkorea und Japan einen schnellen Entschärfungsschlag gegen das nordkoreanische Regime führen, die dortigen Menschen aus den Hunger- und Todeslagern befreien und die Raketenbasen zerstören. Das Militär in Nordkorea ist zwar gross, die Waffentechnik jedoch veraltet – und deswegen hätte Nordkorea nicht die geringste Chance gegen eine solche Intervention. B. Kerzenmacher



HZ Nr. 35 31.8.2017
«Gastkommentar Rudolf Minsch»
Mit #robotersteuer ins Abseits @RudolfMinsch @economiesuisse @Handelszeitung #Digitalisierung #Robotics Natasja Sommer @natasja_sommer
HZ Nr. 35 31.8.2017
«HZ-Interview mit EHL-Chef Michel Rochat»
EHL-Chef Rochat irrt sich in der @Handelszeitung. #Airbnb wird oft anstelle

von Hotels gebucht. «Diese Leute» sind auch früher schon gereist.
Francesca Romano @CessyRomano

HZ Nr. 35 31.8.2017
«Führungskräfte – Special New Leadership»
Gespannt auf New Leadership und #Innovation in der neuen @Handelszeitung.
Alexandra Rutsch @AlexandraRutsch



HZ Nr. 35 31.8.2017
«Brief an den Schweizer Online-Handel»
Liebe Schweizer Online-Händler. Es gibt genug Firmen aus Deutschland oder anderen angrenzenden Ländern, die es möglich machen, nicht in die Schweiz lieferbare Amazon-Ware oder gar Ware von anderen Anbietern fähiger für einen geringfügigen Aufpreis zugesandt zu bekommen. Sie sollten endlich mal verstehen, dass die Schweiz ein Land

mit verschiedenen Sprachregionen ist. Wenn ich auf Seiten bestellen muss, wo ich nur Deutsch angeboten bekomme, und dieses nicht spreche (wie es unter West- oder Südschweizern oft genug der Fall ist), bestelle ich einfach in Frankreich oder in Italien! Das hat mit den Preisen viel weniger zu tun als mit der Tatsache, dass Sie sich dafür entschieden haben, die anderen Sprachregionen nicht zu berücksichtigen, sprich: auf das dortige Geschäft zu verzichten.
Silvia Bianchi

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:
E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch
Twitter: twitter.com/handelszeitung
Facebook: facebook.com/handelszeitung
Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel